

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister

Tramplatz 2
30159 Hannover



Hannover, den 30.10.2019

Änderungsantrag gemäß §§ 12 und 32 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Zu der Drucksache **1979/2019 – Ausbau der Schulplätze im Bereich der Sekundarstufe I**

Die Ratsversammlung möge beschließen,

die Verwaltung in Abweichung von Ziffer 1 der Ausgangsdrucksache nicht mit der Planung für die Schaffung einer weiteren Integrierten Gesamtschule (IGS), sondern mit der Planung für die Schaffung einer fünf- bis sechszügigen Realschule zu beauftragen.

Begründung:

Wir halten die Integrierten Gesamtschulen als Schulkonzept für ungeeignet und beantragen daher die Schaffung einer Realschule.

Für unsere Bildungs- und Leistungsgesellschaft ist es unabdingbar, dass leistungsstärkere Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert werden und Leistungsschwächeren entsprechend Zeit eingeräumt wird, die Lerninhalte aufzuarbeiten. Eine Durchmischung und somit Gleichmacherei unterschiedlicher Lernkapazitäten ist für unser Bildungssystem nicht förderlich, sondern hemmt die Talentförderung und Spezialisierung.

Das Gesamtschulkonzept bleibt bislang jeglichen Nachweis schuldig, dass sich aus ihm im Vergleich zum gegliederten Schulkonzept deutliche Leistungssteigerungen ergeben. Vielmehr konzentriert sich die Gesamtschule allenfalls auf einen verbesserten Ausbau der Sozialkompetenz, da leistungsstärkere Schüler den Leistungsschwächeren helfen und die Schüler insgesamt voneinander lernen sollen. Zum einen ist es jedoch nicht die

Aufgabe der Schüler Lerninhalte zu vermitteln und zum anderen stellt die Sozialkompetenz nicht den hauptsächlichen Fokus unseres Bildungssystems dar.

Deutschland steckt mitten in einer sich verschärfenden Bildungsmisere. Dies zeigt unter anderem die Bildungsstudie der OECD: Im internationalen Durchschnitt liegt Deutschland lediglich im Mittelfeld. Auch die hohe Anzahl von Menschen ohne Berufsausbildung, bei den 25- bis 34-Jährigen betrifft das laut dem Berufsbildungsbericht Bundesministeriums für Bildung und Forschung aus dem Jahr 2019 mehr als jeden Zehnten, ist ein massives Problem. Laut einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey bemängelt gut jeder vierte Chef in Deutschland die fehlende Qualifikation bei Berufsanfängern. Wie bereits in einem Artikel des Spiegels im Januar 2014 berichtet wurde „gibt zudem ein Drittel (32%) der Arbeitgeber an, Lehrstellen lieber unbesetzt zu lassen, als die jungen Leute einzustellen, die sich bei ihnen beworben haben. Und das, obwohl vor allem kleine und mittelständische Unternehmen Probleme haben, überhaupt Interessenten für ihre Ausbildungsplätze zu finden.“¹

Diese Tatsachen sollte für uns ein Ansporn sein, den aktuellen Umbau unseres Bildungssystems zu überdenken und wieder den Leistungsgedanken in den Mittelpunkt zu stellen. Eine Politik, die eine nach unten nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen ist deshalb abzulehnen.

Mit freundlichem Gruß



Sören Hauptstein

Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH
Bezirksratherr im Stadtbezirk Südstadt-Bult

¹ <https://www.spiegel.de/karriere/ausbildung-arbeitgeber-beklagen-maengel-bei-berufsanfaengern-a-943191.html>